



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Andreas Lotte, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer, Kathi Petersen** und **Fraktion (SPD)**

### **Bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen und erhalten**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in den kommenden fünf Jahren 100.000 zusätzliche bezahlbare Wohnungen in den bayerischen Ballungsräumen und Boom-Regionen zu schaffen.

### **Begründung:**

Die jüngst erfolgte Ankündigung der Staatsregierung, binnen vier Jahren 28.000 zusätzliche staatlich geförderte Wohnungen zu bauen, wird nicht ausreichen, um die Wohnungsnot in Bayern zu lindern. Aufgrund jahrelanger Untätigkeit des Freistaats braucht es hierfür in den bayerischen Ballungsräumen bis 2020 rund 100.000 neue und vor allem bezahlbare Wohnungen.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist starkes staatliches Engagement notwendig: Statt wie in den vergangenen Jahren die Mittel immer weiter zu senken, müssen die Landesmittel von bisher 159 Millionen Euro auf 600 Millionen Euro – und somit auf das Niveau der 1990er Jahre – erhöht werden. Diese Mittel sind erforderlich, um die stark abnehmende Zahl an geförderten Wohnungen für Menschen mit niedrigerem Einkommen zu kompensieren. So hat sich beispielsweise die Zahl an Sozialwohnungen in den vergangenen 15 Jahren in Bayern nahezu halbiert, von etwa 250.000 im Jahr 1999 auf rund 130.000 im Jahr 2014.

Eine direkte Handhabe, um den Neubau bezahlbaren Wohnraums zu bewirken, bietet ein staatliches Wohnungsbauunternehmen, z.B. die von der Staatsregierung ohne Not privatisierte GBW. Zusätzlich sollte die Staatsregierung zum Verkauf stehende Grundstücke kostengünstig an Baugenossenschaften und Kommunen abgeben, wenn diese die Errichtung bezahlbaren Wohnraums zusagen.

Als flankierende Maßnahme hat sich der Freistaat zudem auf Bundesebene für die Wiedereinführung der degressiven AfA für bezahlbaren Mietwohnungsbau in Ballungsräumen einzusetzen. Die hohen Steuervorteile bieten Immobilieninvestoren einen Anreiz, bezahlbare statt Luxuswohnungen zu schaffen.

Die Schaffung und Erhaltung bezahlbaren Wohnraums ist nicht nur mit Blick auf die unteren Einkommensschichten der bayerischen Bevölkerung politisch geboten, sondern inzwischen auch immer mehr mit Blick auf Normalverdienerinnen und -verdiener. So ist es beispielsweise Familien mit Kindern, die in Boomregionen leben, aufgrund stetig steigender Mietkosten oft nicht mehr möglich, aktiv am städtischen Leben mitsamt ihrer vielfältigen Angebote teilzuhaben. Zudem muss verhindert werden, dass es aufgrund der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt zu Konkurrenzen mit Flüchtlingen kommt. Ziel muss es daher sein, bezahlbaren Wohnraum für alle zu gewährleisten.